

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	21
Einleitung	23
I. Fragestellung und Ziel der Arbeit	23
II. Skizze des Inhalts der Arbeit	27
Erster Teil: Internationalisierung der Produktsicherheit, der Produktsicherheitspolitik und des Produktsicherheitsrechts	33
Erstes Kapitel: Das Problem — Der internationale Handel mit gefährlichen Produkten	33
I. Verbotene und streng beschränkte Produkte	36
1. Normative Kriterien der Abgrenzung	37
2. Eine problembezogene Betrachtung	39
3. Zum Umfang des Handels mit verbotenen und streng beschränkten Produkten	41
II. Beurteilung des Risikos eines internationalen Rechtsgefälles	42
1. Rechtskonzepte	42
2. Zur Rolle der USA und der EG	44
3. Kriterien zur Bewertung des internationalen Rechtsgefälles	44
Zweites Kapitel: Die Reaktion — Internationalisierung der Produktsicherheitsregulierung	46
I. Freier Warenverkehr und Produktsicherheit: Die Entstehung des Rechtsgefälles und die rechtlichen Paradigmen zu dessen Überwindung	46
1. Sicherheit als Handelshemmnis	47
2. Sicherheit als eigenständiges Politikfeld — die Geburtsstunde des Rechtsgefälles	47
3. Harmonisierung — Dominanz von Produktsicherheit	49
4. Brückenregeln - die Rückkehr zum Handel	49
5. Synthese von Handel und Produktsicherheit	50
II. Internationalisierung von Rechtssetzungs- und Normbildungsverfahrens	52
1. Mandatserteilung	52
2. Öffentlichkeitsbeteiligung	54
3. Konfliktive Kooperation und Konsensbildung	55
a) Kooperation	56
b) Konsens	58
4. 'Kooperatives Recht'	59

III. Internationalisierung der Regelungsinstrumente	60
1. Informationspolitische Maßnahmen	62
2. Regulierung des Handels und der Vermarktung	65
a) Regulierung der Vermarktung	65
b) Regulierung des Handels	66
c) Handel, Vermarktung und Arbeitsschutz	66
3. Regulierung der Marktzulassungsbedingungen	67
a) Staatliche Regeln	67
b) Technische Normen und Selbstregulierung	69
4. Nachmarktkontrolle	71
a) Notwendigkeit der Nachmarktkontrolle	71
b) Instrumente	72
5. Die Regulierung des Exportes	74
a) Exportverbot, Informationsaustausch und Export mit vorheriger Einwilligung	74
b) Kompensatorische Regeln und Stützmechanismen	76
IV. Transformation, Vollzug und Rechtsdurchsetzung	77
1. Transformation als organisierter Prozeß	78
2. Ausbau des internationalen Verwaltungsvollzuges — kooperatives Management	80
3. Internationalisierung der Konflikte und der Streitschlichtung	82
4. Zur Rolle der NROs	83
Drittes Kapitel: Stand und Perspektiven — Internationalisierung von Produktsicherheit im Lichte ökonomischer und politologischer Integrations-theorien	84
I. Ökonomische Integrations-theorien — Stand der Internationalisierung und Integration	86
1. Ökonomische Typologisierung von Integrationsprozessen	86
2. Ökonomische Typologisierung und die Internationalisierung von Produktsicherheit	87
a) Wirtschaftsunion und Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken	87
b) Vollintegration: Vereinheitlichung von Politiken und politischen Institutionen	88
3. Stufen der Integration und Gleichzeitigkeit der Entwicklung	89
II. Politologische Integrations-theorien - Perspektiven von Internationalisierung und Integration	89
1. Prozeßsteuernde Faktoren der Integration	91
2. Sachzwang Produktsicherheit	92

a)	Unfall als Sachzwang	92
b)	Sachzwang Gefahr	93
c)	Implementation des Sachzwangs - die neuen Akteure	95
3.	Hindernis Nationalstaat — Ansätze zur Überwindung	97
a)	Nationalstaat und die neuen Werte 'Handel' und 'Sicherheit'	98
b)	Nationalstaat und neue Entscheidungsstrukturen	100
III.	Stand der Integration — Eine Zwischenbemerkung über Recht und Rechtsintegration	102
	Zweiter Teil: Überlegungen zu einer Theorie der Rechtsverfassung zur Regulierung des Warenverkehrs mit risikobehafteten Produkten	105
	Viertes Kapitel: Rechtsverfassung als Gegenstand und Integrationskonzept	105
I.	Rechtsverfassung im Schnittpunkt von rechtlichen Integrationstheorien und Theorien des Internationalen Wirtschaftsrechts	105
II.	Rechtsverfassung als Prozeßverfassung und Menschenrecht auf Sicherheit	107
	Fünftes Kapitel: Markt, Wettbewerb, Steuerung — Rechtsverfassung als Wirtschaftsverfassung	108
I.	Ordoliberalismus als Leitvorstellung für eine Wirtschaftsverfassung	108
1.	Markt und Staat als konstitutive Elemente der ordoliberalen Theorie	108
2.	Produktsicherheit als Gegenstand der Wirtschaftsverfassung	111
3.	Wirtschaftsverfassung und Rechtsmaterien	112
II.	Mixed Economy als Leitvorstellung für eine Wirtschaftsverfassung	114
1.	Steuerung als drittes konstitutives Element	115
2.	Produktsicherheit als Gegenstand einer gemischten Wirtschaftsverfassung	119
3.	Rechtsmaterien der gemischten Wirtschaftsverfassung	120
III.	Wirtschaftsverfassung als Kollisionsordnung	121
1.	Das Trennungmodell im Liberalismus und im Ordoliberalismus	124
2.	Werte in der Mixed Economy — oder die 'Veröffentlichlichmachung' des Privatrechts	127
3.	Wirtschaftskollisionsrecht als 'Verprivatrechtlichmachung' des öffentlichen Rechts	130
	Sechstes Kapitel: Rechtsverfassung als "Prozeß"-Verfassung	133
I.	Erste Zwischenbetrachtung — Gelöste und ungelöste Fragen ökonomietheoretisch geleiteter Wirtschaftsrechts- und Integrationstheorien	133
1.	Verfassung ohne Staat	133
2.	Staaten, Individuen und NROs	134

3.	Dynamik der Praxis und Statik der Theorie	134
4.	Recht und Politik, Werte in der Rechtsverfassung und soft law	135
II.	Rechtsverfassung als Prozeßverfassung	136
1.	Die Realisierung von Steuerungszielen	136
2.	Die Theorie des Qualitativen Sprungs und die Vorstellung einer Wirtschaftsverfassung als Prozeß	136
III.	Paradigmen der Prozeßverfassung	138
1.	Konsensuale Wirtschaftsregulierung	138
a)	Ausgangspunkt: Rechtspathologie	140
b)	Konsensuale Generierung von Recht	140
c)	Selbstdurchsetzung als Rechtsdurchsetzung und Vollzug	141
d)	Normenmangel — Mangel an Rechtsqualität	143
2.	Selbstorganisation der Wirtschaft im staatlich gesetzten Rahmen — das EG-Modell	144
a)	Produktsicherheitsregulierung als Modell	144
b)	Generierung von Recht — konsensual, kooperativ und 'komitologisch'	145
c)	Organisationsstrukturen der Rechtssetzung: die Ausschüsse	146
d)	Selbstdurchsetzung — Konsens — Rechtsqualität	147
IV.	Zweite Zwischenbetrachtung — Defizite der Prozeßverfassung	148
1.	Von der staatlichen zur privaten Verantwortung?	148
2.	Marktbürger — Klient — Mitverantwortlicher	149
3.	Steuerung und Verfahren — Öffentlichkeit und Konsens	150
Siebtes Kapitel: Synthese — Prozeßverfassung und Menschenrecht auf Sicherheit		150
I.	Tendenzwende — Von den Institutionen zu den Individuen und NROs als Träger einer Rechtsverfassung	152
1.	Die EG zwischen Schutz- und Menschenrechten	152
2.	Welthandelsordnung und Menschenrechte	153
3.	Menschenrecht und Schutzrecht auf Sicherheit im Außenwirtschaftsrecht	155
II.	Grundfragen des Menschenrechts auf Sicherheit	155
1.	Recht auf Sicherheit und Staatsziel Sicherheit	156
2.	Inhalt des Rechts auf Sicherheit	157
3.	Status von Individuen und NROs	158
4.	Organisation der Aufgabenteilung von Nationalstaaten und internationalen Organisationen	158

III.	Anmerkungen zur Methode	159
1.	Allgemeines zur Methode	160
2.	Theorie des Rechtsvergleichs im internationalen Produktsicherheitsrecht	163
3.	Zur regionalen und internationalen Praxis des Rechtsvergleichs	165
4.	Internationalisierung und Vereinheitlichung von Produktsicherheitsrecht	166
	Dritter Teil: Schutzrecht auf Sicherheit - das Modell der Europäischen Gemeinschaft	169
	Achtes Kapitel: Kompetenzen, Ziele und Verantwortungsübernahme	173
I.	Die Mitgliedstaaten als Verpflichtungsadressaten	174
1.	Verantwortungsübernahme nach Artt. 30/36	175
2.	Verantwortungsübernahme über sekundärrechtliche Regeln	178
II.	Die EG als Verpflichtungsadressat nach Artt. 100 A, 129 A, 130 R	179
1.	Geteilte Verantwortung und Pre-emption-Doktrin	180
2.	Widersprüche und Auswege	181
3.	Artt. 100 A und 130 R als Ausdruck einer Schutzpflicht der Gemeinschaft	184
4.	Art. 129 A als Grundlage einer Schutzpflicht der Gemeinschaft	186
	Neuntes Kapitel: Inhalt einer Schutzpflicht — der Umgang mit dem Rechtsgefälle im Verfahren der Rechtssetzung	188
I.	Mindest- und Höchststandards — Geteilte Verantwortung	188
1.	Geteilte Verantwortung in Schutzklauselverfahren	189
2.	Geteilte Verantwortung — zu einem neuen Verständnis von Art. 100 A IV	191
II.	Anpassung, Nachbesserung und Verbesserung — Vorsorge vor Desintegration	194
1.	Anpassungspflicht	194
2.	Umfang und Reichweite einer Anpassungspflicht	195
III.	Bestmögliche Produktsicherheit und Verschlechterungsverbot	197
1.	Bestmögliche Produktsicherheit	197
2.	Das Verschlechterungsverbot — eine Rechtsregel	198
IV.	Ausgleichsmechanismen zwischen den Mitgliedstaaten	200
	Zehntes Kapitel: Organisation des Vollzuges der Produktsicherheitsregulierung	201
I.	Strukturelemente der Organisation des Verwaltungsvollzuges im sekundären Gemeinschaftsrecht	203
1.	Angleichung nationaler Vollzugsinstrumente	203

2.	Zentralisierung von Entscheidungen	204
II.	Komitologie — Aufgabenteilung und Organisationsstrukturen	205
1.	Zielsetzung des Art. 145 und die sog. Komitologie	205
2.	Durchführungsbefugnisse zur Regulierung von Rechtssetzung und Vollzug	206
III.	Mitgliedstaaten als Treuhänder und Kommission als Aufsichtsinstanz des Gemeinschaftsrechts nach Art. 5	208
1.	Die Mitgliedstaaten als Treuhänder oder Sachwalter	210
2.	Die Kommission als Aufsichtsinstanz	212
IV.	Art. 5 — Der Pflichtenkanon: Information, Konsultation und Entscheidung	213
1.	Pflichten zum Aufbau 'effizienter' Organisationsstrukturen	213
2.	Entscheidungspflichten	215
	Elftes Kapitel: Individuelle und kollektive Inhaber des Rechts auf Sicherheit — Beteiligung und Rechtsdurchsetzung	216
I.	Träger des Rechts auf Sicherheit	218
1.	Von der Wahlfreiheit zum Recht auf Information	218
2.	Der Einzelne als Inhaber eines Schadensersatzanspruchs wegen Verletzung einer ihm gegenüber bestehenden Schutzpflicht	219
3.	Individuelles und kollektives Schutzrecht auf Sicherheit	221
II.	Das Recht auf Beteiligung	223
1.	Zur Programmatik des Rechts auf Beteiligung von Verbraucherorganisationen	224
2.	Das Modell des Neuen Ansatzes	225
3.	Zur Begründung des Rechts auf Beteiligung aus Art. 5	228
4.	Recht auf Beteiligung als Komplementärrecht zu Artt. 36, 100 A und 129 A	229
III.	Rechtsdurchsetzung — Individueller Rechtsschutz und Verbandsklage	230
1.	Programmatik der kollektiven Rechtsdurchsetzung	230
2.	Ansätze zum kollektiven Rechtsschutz im sekundären Gemeinschaftsrecht — Richtlinie 84/450	232
3.	Kollektiver Rechtsschutz gegen die Mitgliedstaaten nach Art. 5	235
4.	Kollektiver Rechtsschutz gegen die Organe der Gemeinschaft in Art. 173	238
	Zwölftes Kapitel: Dritte Zwischenbetrachtung — Grenzüberschreitende Staatenverantwortung in der Europäischen Gemeinschaft	241

I.	Verantwortungserstreckung — Treuhänderschaft, Herkunftslandprinzip und Quellverantwortung	242
1.	Treuhänderschaft in der Rechtssetzung und im Vollzug	243
2.	Treuhänderschaft, Herkunftslandprinzip und Quellverantwortung	244
II.	Verantwortungserstreckung — Recht auf Beteiligung und Rechtsschutz	246
1.	Grenzüberschreitende Verfahrensbeteiligung in der Produktsicherheitsregulierung	247
2.	Quellverantwortung und grenzüberschreitende Klagebefugnis in der Produktsicherheitsregulierung	249
III.	Exkurs über ein vorkonstitutionelles Beteiligungsrecht von Individuen und Verbänden	250
1.	Demokratiethoretische Erwägung zur Ableitung eines extraterritorialen Beteiligungsrechts	251
2.	Elemente eines grenzüberschreitenden Beteiligungsrechts in der Konzeption der Zivilgesellschaft	254
	Vierter Teil: Welthandel und Recht auf Sicherheit — Die Grundlagen der internationalen Rechtsverfassung	257
	Dreizehntes Kapitel: GATT und Menschenrecht auf Sicherheit	257
I.	Menschenrecht auf Sicherheit — Staaten als Verpflichtungsadressaten	259
1.	Transformation des Abwehrrechts zu einem Schutzrecht	259
a)	Recht auf 'Sicherheit' — Vom Abwehrrecht gegen den Staat zum Schutzrecht?	260
b)	Recht auf Leben als Ausgangspunkt für das Schutzrecht auf Sicherheit	261
c)	Tendenzen zur Ausformung von Schutzrechten	261
2.	Menschenrecht auf Sicherheit — Schutzrechte der dritten Generation	262
a)	Anknüpfungspunkte	262
b)	Selbstbindung der Staaten oder bloßes Programm?	264
c)	Recht auf Sicherheit	265
3.	Schutzrecht auf Sicherheit im GATT — Versuch einer Neubestimmung	267
a)	Sicherheit und Gesundheit im GATT	267
b)	Sicherheit und Gesundheit im GATT Agreement on Technical Barriers to Trade (Agreement on TBT)	271
4.	GATT und UN als Verpflichtungsadressaten eines Rechts auf Sicherheit	273
a)	UN-Organisationen als Verpflichtungsadressaten	273

b)	Das GATT als Verpflichtungsadressat des Rechts auf Sicherheit	274
II.	Inhalt des Rechts auf Sicherheit	276
1.	Mindeststandards eines Menschenrechts auf Sicherheit	276
a)	Der Prozeßcharakter des Menschenrechts auf Sicherheit	277
b)	Konkretisierung durch soft law	278
2.	Mindeststandards im Agreement on TBT	280
a)	Soft-law-Regeln als internationale Standards im Agreement on TBT	280
b)	GATT und internationale Abkommen im Bereich der Produktsicherheit	280
3.	Mindeststandards und Höchststandards — Anpassung und Nachbesserung	281
4.	Ausgleichsmechanismen zur Abfederung des Rechtsgefälles	282
III.	Organisation der Transformation, des Vollzuges und der Durchsetzung eines "integrierten" Menschenrechts	283
1.	Das Berichtsmodell im System der internationalen Kontrolle des Menschenrechts auf Sicherheit	284
a)	Berichtspflichten der Vertragsstaaten	285
b)	Die institutionelle Verselbständigung der Kontrolle — das "Committee on Economic, Social and Cultural Rights"	286
c)	Konfliktbewältigung und Streitbeilegung	289
2.	Das Konfliktmodell im System der internationalen Kontrolle der Produktsicherheit als Handelshemmnis im GATT Standard Code	289
a)	Der institutionelle Kern des Kontrollsystems — Das MTO-Sekretariat und das Committee on Technical Barriers to Trade	289
b)	Berichtspflichten im Agreement on TBT	290
c)	Notifizierungspflichten zur Überwachung des internationalen Handelsverkehrs	290
d)	Das Streitschlichtungsverfahren	292
3.	Institutionelle Kooperation von CESCRC und MTO Committee on Technical Barriers to Trade	294
a)	CESCRC und MTO-Streitschlichtung — Katalysatoren oder quasi-judizielle Foren?	294
b)	Kooperation von CESCRC und MTO	296
4.	Aufbau internationaler Kontrollstrukturen aus den Kooperationspflichten der Staaten	297

a)	Informations-, Konsultations- und Kooperationspflichten in den Ordnungsverträgen	298
b)	Informations-, Konsultations-, und Kooperationspflichten im Allgemeinen Völkerrecht und im Umweltnachbarrecht	299
IV.	Individuelle und kollektive Träger eines Menschenrechts auf Sicherheit — Beteiligung und Durchsetzung	299
1.	Individuen als Träger des Menschenrechts	301
a)	Das Individuum als Träger eines völkerrechtlichen Schadensersatzanspruches	301
b)	Das Individuum als Träger von Wirtschaftsfreiheiten im GATT	302
2.	Beteiligung und Rechtsdurchsetzung	304
a)	Beobachter-Status in der UN-Charta und Beteiligung im Internationalen Sozialpakt	304
b)	Status von NROs im GATT und Beteiligung in der Durchsetzung des Schutzrechts auf Sicherheit	306
V.	Grenzüberschreitende Staatenverantwortung für die Produktsicherheit?	307
1.	Treuhänderschaft und Quellverantwortung	308
a)	Zulässigkeit grenzüberschreitender Verantwortung im GATT	308
b)	Begründung einer extraterritorialen Verantwortung aus dem Menschenrecht und dem Reziprozitätsprinzip	309
c)	Alleinverantwortung, Mitverantwortung und Mindeststandards	312
d)	Beteiligung und Rechtsschutz	312
2.	Ungeschriebene Beteiligungsrechte in der Rechtsverfassung für den Handel mit risikobehafteten Produkten	313
a)	Beteiligungsrecht in der Verfassungsordnung der EG	313
b)	Beteiligungsrechte in der internationalen Rechtsverfassung	315
	Fünfter Teil: Auswärtige Angelegenheiten, Außenwirtschaftsrecht und Recht auf Sicherheit in den USA	317
	Vierzehntes Kapitel: Internationale Rechtssetzung von Produktsicher- heitsregulierung in der amerikanischen Verfassung	317
I.	Kompetenzverteilung in der Amerikanischen Verfassung: Auswärtige Angelegenheiten, Außenwirtschaftsrecht und Produktsicherheit	318
1.	Auswärtige Angelegenheiten und Außenpolitik	318
2.	Produktsicherheit als Gegenstand sui generis	319
3.	Außenwirtschaftsrecht und Produktsicherheit — Perspektiven der Synchronisierung	320
4.	Hindernisse in der Synchronisierung — Föderalisierung der Produktsicherheitsregulierung	323

II.	Internationale Übereinkommen: Formen und Verfahren	323
1.	Internationale Produktsicherheitsregulierung und völkerrechtlicher Vertrag	325
2.	Executive Agreements und Case-Bill	326
3.	Vorverlegung der Beteiligung des Kongresses	327
4.	Neue Formen des Rechtssetzungsverfahrens in der internationalen Produktsicherheitsregulierung	328
III.	Rechtswirkungen von internationalen Produktsicherheitsregeln	330
1.	Multilateraler Vertragsschluß im Wege der Zustimmung zu einer Beschlußvorlage der Generalversammlung?	331
2.	Soft law: 'Self-executing' oder 'non self-executing'	332
a)	Anforderungen an das Transformationsverfahren	332
b)	Auslegungskriterien bei Unklarheiten	333
c)	Relative Rechtswirkungen von 'soft-law' bei fehlender Zustimmung und fehlender Transformation	334
3.	Internationale Produktsicherheitsregeln als 'supreme law of the land'	336
a)	Indirekte Wirkung von Menschenrechten	337
b)	Relative Wirkungen von soft law	338
4.	Subjektive Rechte und 'self-executing' soft law	338
a)	Abgrenzungskriterien	339
b)	'precision' und 'purpose'	339
	Fünfzehntes Kapitel: Entwicklungslinien des Export- und Handelskontrollrechts in den USA	340
I.	Ursprünge des Export- und Handelskontrollrechts	341
1.	Exportkontrollrecht zwischen Macht und Moral	341
a)	Ökonomische Vormachtstellung und 'moral leadership'	342
b)	Produktsicherheit zwischen ökonomischer Macht und symbolischem Handeln	343
2.	Handelskontrollrecht — Internationalisierung durch Unilateralisierung	345
II.	Export- und Handelskontrollrecht — präsidentiale Macht als Hindernis	347
1.	Stärke der Bürokratie und Schwäche des Kongresses	347
2.	Exportkontrollrecht — Legitimation	348
3.	Kontrolle des Außenhandels versus Handelsfreiheit	350
III.	Menschenrechte und Produktsicherheit im Export- und Handelskontrollrecht	350
1.	Menschenrechte und Exportkontrolle	351
a)	Produktsicherheit und Menschenrechte im Importland	352

b)	Extraterritoriale Wirkung eines Menschenrechts auf Sicherheit	353
2.	Menschenrechte, Produktsicherheit und Importkontrolle	354
a)	Die Wiederentdeckung der Menschenrechte	354
b)	Menschenrechte, 'labor standards' und internationaler Handel	355
c)	Die USA als Vollstrecker internationaler Produktsicherheitsregeln	357
Sechzehntes Kapitel: Produktsicherheit im amerikanischen Export- und Handelskontrollrecht		358
I.	Die Instrumente der Export- und Handelskontrolle	358
1.	Wirtschaftssanktionen und Lizenzen — Möglichkeiten für die Regulierung von Produktsicherheit im Exportkontrollrecht	360
2.	Sanktionen im Produktsicherheitsrecht? — Das Röhrenembargo als Lehrstück	361
a)	Zur Genese des Konfliktes	362
b)	Rechtliche Anforderungen an die Förderung auswärtiger Angelegenheiten	363
c)	Grenzen der Verrechtlichung	364
3.	Das Lizenzverfahren — ein brauchbares Vorbild?	366
a)	Rechtliche Anforderungen an das Verfahren der Lizenzvergabe	367
b)	Das Lizenzverfahren in der Praxis	368
4.	Produktsicherheit im Lizenzverfahren — Carters executive order als Modell?	369
a)	Heterogenität der Exportregulierung in den 70er Jahren	370
b)	Entwicklung eines einheitlichen Konzeptes	370
c)	Lizenzierung gefährlicher Güter in Carter's executive order	372
5.	Produktsicherheit im Handelskontrollrecht	373
a)	Zur Anwendbarkeit von sec. 301 OTCA	374
b)	Durchsetzung nationaler Standards	376
c)	Durchsetzung internationaler Standards	378
II.	Die administrativen Strukturen der Export- und Handelskontrolle	381
1.	Strukturen in der Exportkontrolle	381
a)	Gründe für die Kontinuität	381
b)	Sanktionen im Kompetenzstreit von Kongreß und Präsident	383
2.	Strukturen der Handelskontrolle nach sec. 301	383
3.	Strukturen in der Kontrolle von Produktsicherheit	385
III.	Möglichkeiten und Grenzen einer Kontrolle von Export- und Handelskontrollen	386
1.	'Congress is watching' — 'Is Congress watching?'	387

2.	'Watch-dog' Öffentlichkeit und NROs	388
3.	Möglichkeiten gerichtlicher Kontrolle im Exportrecht	389
	a) System der rechtlichen Gegenwehr	390
	b) Administrative review und 'due process'	392
4.	Außergerichtliche Beilegung internationaler Handelskonflikte im sec. 301-Verfahren	393
	a) Vorkehrungen zur internationalen Streitbeilegung	393
	b) Streitbeilegung bei Konflikten um die Produktsicherheit	394
5.	Mobilisierung gerichtlicher Kontrolle durch NROs	395
	a) Klagebefugnis von NROs	396
	b) Klagebefugnis von NROs im Produktsicherheits-Exportrecht	397
	c) Petitionsrecht und Beteiligung von NROs in sec. 301-Verfahren	399
Siebzehntes Kapitel: Schlußbetrachtung über die Perspektiven des Internationalen Produktsicherheitsrechts		399
I.	Leitbilder der Rechtsverfassung zur Regulierung des internationalen Handels mit risikobehafteten Produkten	399
II.	Die Internationalisierung der Außenwirtschaftsordnungen	401
III.	Auswärtige Angelegenheiten, Außenwirtschaftsrecht und Menschenrecht auf Sicherheit in den Entwicklungsländern	403
Literaturverzeichnis		405